

## **Antrag**

**der Abgeordneten Eva-Maria Bulling-Schröter, Dr. Winfried Wolf, Rolf Kutzmutz, Ursula Lötzer und der Fraktion der PDS**

### **Klimapolitik international und national auf eine neue Grundlage stellen**

Der Bundestag wolle beschließen:

#### **I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:**

Der Deutsche Bundestag bekräftigt anlässlich der sechsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen (UNFCCC) über Klimaänderungen (COP 6) im Juli 2001 in Bonn das Ziel, in Deutschland bis zum Jahr 2005 den Ausstoß von Treibhausgasen um 25 Prozent auf der Basis des Jahres 1990 zu reduzieren. Mit dieser Zielstellung ist für die Bundesregierung die Pflicht verbunden, durch bisher noch ausstehende Maßnahmen die angestrebte Rolle Deutschlands als Vorreiter im Klimaschutz auszufüllen.

Nach dem Scheitern des ersten Teils von COP 6 in Den Haag stehen die Vertragsstaaten vor einer großen Herausforderung. Der Kyoto-Prozess zur weltweiten Reduzierung von Klimagasen droht, insbesondere durch die blockierende Rolle der USA-Regierung, die vermeintliche Wirtschaftsinteressen vor globalem Klimaschutz stellt, zu scheitern. Und das, obwohl die Kyoto-Ziele weit unter den von Naturwissenschaftlern ermittelten Reduktionsnotwendigkeiten liegen. Diese fordern weltweit eine Halbierung der Emission von Klimagasen bis Mitte dieses Jahrhunderts gegenüber 1990. Für die Industriestaaten heißt dies, eine Reduktion von 80 Prozent bis zum Jahr 2050, wenn den Entwicklungsländern tatsächlich eine Chance zur Entwicklung gegeben werden soll.

Gemessen an diesen Erfordernissen sind die Verpflichtungen des Kyoto-Protokolls nur ein erster und zu viel zu kurzer Schritt. Schließlich wurden für die Industriestaaten weltweit, je nach Klimagas, im Durchschnitt nur 5,2 Prozent Reduktion bis zum Zeitraum zwischen 2008 und 2012 vereinbart. Würde dieses niedrige Tempo in die Zukunft fortgeschrieben, so ließen sich (unter der unrealistischen Annahme, dass die Entwicklungsländer keine zusätzlichen Klimagase ausstoßen) bis zum Jahr 2050 nur Einsparungen in Höhe von weltweit rund 15 Prozent erzielen. Insofern kann auch das deutsche Klimaschutzziel nur ein Einstieg in eine zielführende Klimapolitik sein, weil mit diesem Zwischenziel – bei angenommenen gleichbleibendem Reduktionstempo – theoretisch nur eine 50-Prozent-Reduktion anstatt einer notwendigen 80prozentigen bis zum Jahr 2050 erreichbar wäre.

Zudem öffnet sich die Schere zwischen den Kyoto-Zielen und den tatsächlich seit 1990 erzielten Einsparungen an Klimagasen immer weiter. Bis auf wenige Ausnahmen werden weltweit sämtliche Reduktionsziele verfehlt. Global hat sich der Ausstoß von Kohlendioxid nicht reduziert. Im Gegenteil, die CO<sub>2</sub> Emissionen steigen weiter an. Sie lagen 1998 6,7 Prozent über dem Niveau von 1990.

Auch die große Mehrheit der Mitgliedstaaten der europäischen Union ist weit von ihren Kyoto-Zielkursen entfernt. Bis 1998 wurden in der EU insgesamt 2,5 Prozent Klimagase gegenüber 1990 reduziert. Dies ging vor allem auf das Konto der Verminderung der Treibhausgase Methan (–16,5 %) und Lachgas (–9,9 %). Den größte Anteil an den Treibhausgasen hat jedoch Kohlendioxid. Hier blieb aber der Ausstoß praktisch gleich (–0,2 %). Ziel ist eine Reduktion der Treibhausgase bis zu den Jahren 2008 bis 2012 um 8 Prozent über alle EU-Länder. Dies ist kaum noch zu schaffen, weil die Treibhausgasemissionen lediglich in Deutschland, Großbritannien und Luxemburg reduziert wurden, während sie in allen anderen EU-Ländern anstiegen. Laut Bericht der EU-Kommission wird die EU ohne weitere Maßnahmen bis zum Jahr 2010 ihren Klimagausstoß lediglich um 1,4 Prozent gegenüber 1990 vermindern, so die Prognose. Damit würde das Ziel des Kyoto-Protokolls für das EU-Gebiet um über 80 Prozent verfehlt werden. Ausschlaggebend für diese verhängnisvolle Entwicklung sind an aller erster Stelle die verkehrsbedingten Emissionen, die mit einer Ausnahme in sämtlichen Mitgliedstaaten beträchtlich anstiegen.

Die Bundesrepublik Deutschland wird ihr selbst gestecktes Klimaschutzziel ohne zusätzliche Maßnahmen ebenfalls kaum mehr erreichen. Die Emissionen von Klimagasen steigen nach einigen Jahren Einsparung wieder an. Wie andere Industriestaaten macht sich Deutschland so mitschuldig an Überschwemmungen, Stürmen und Hungerkatastrophen, den heute schon sichtbaren Auswirkungen des Klimawandels.

Deutschland hat im Jahr 2000 gegenüber 1990 rund 15 Prozent Kohlendioxid eingespart. 25 Prozent sollen es nach der Selbstverpflichtung bis zum Jahr 2005 sein. Das klingt, verglichen mit den meisten anderen Staaten, nicht schlecht. Doch der Schein trügt, weil sich diese Entwicklung nicht beliebig fortschreiben lässt. Deutschland zehrt hier nämlich bis heute statistisch vom Zusammenbruch der ostdeutschen Industrie. Das belegt die umweltökonomische Gesamtrechnung des Statistischen Bundesamtes: Vom gesamten Rückgang der CO<sub>2</sub>-Emissionen zwischen 1990 und 1999 in Deutschland entfiel mehr als die Hälfte auf die ersten zwei Jahre nach der Vereinigung und sogar drei Viertel auf die ersten drei Jahre. Seitdem verlangsamte sich die Reduktion drastisch, in Westdeutschland kam es sogar zu einem Anstieg der Emissionen. Das heißt, die Einsparungen wurden letztlich in Ostdeutschland erbracht, insbesondere durch den flächendeckenden Konkurs von Betrieben und den Bau modernerer Kraftwerke. Weitere Impulse für den Klimaschutz sind hier nicht zu erwarten. Und in der Tat stiegen im Jahr 2000 die Emissionen in ganz Deutschland wieder um (temperaturbereinigt) ein Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Zusammenfassend steckt die Klimaschutzpolitik sowohl global, als auch auf europäischer und nationaler Ebene in einer tiefen Krise. Die Wirtschaftsinteressen, insbesondere der internationalen Mineralöl- und Automobilkonzerne, setzen sich regelmäßig gegen den globalen Umweltschutz durch. Somit können, gemessen an den naturwissenschaftlichen Notwendigkeiten, nur völlig unzureichende Zielstellungen in Verträgen und Verpflichtungen zu Stande kommen, welche wiederum in der Regel nicht einmal eingehalten werden. Die hilflosen Instrumente der Klimaschutzpolitik setzten auf hochkomplizierte Regelwerke, wie den fossilen Emissionshandel und Anrechnungsverfahren oder auf Selbstverpflichtungen. Schlupflöcher („heiße Luft“ etc.) für die fossil-atomaren Energiestrukturen sind vorprogrammiert. Internationaler Klimaschutz wird nicht als Chance zu einem Übergang ins Solarzeitalter mit dezentralen umweltfreundlichen Energiestrukturen und zur Schaffung einer ökologisch nachhaltigen und sozial gerechten Mobilität, sondern lediglich als Last und Lastenverteilung angesehen. Diese Politik muss durchbrochen werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- bis Juli 2002 einen Plan vorlegen, durch welche konkreten Maßnahmen und Strategien das in den Eckpunkten zum Klimaschutzprogramm der Bundesregierung formulierte Klimaschutzziel von minus 40 Prozent Treibhausgasemissionen bezogen auf 1990 bis zum Jahr 2020 erfüllt werden soll. Hier ist insbesondere ein mittelfristiges Konzept für eine nachhaltige und sozial gerechte Mobilität zu erarbeiten.

Für die Verhandlungen zur sechsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen (UNFCCC) über Klimaänderungen im Juli 2001 in Bonn wird die Bundesregierung beauftragt, innerhalb der Verhandlungsgruppe der europäischen Union folgende Positionen zu vertreten:

- Die Bundesrepublik Deutschland drängt auf einen zügigen Abschluss der Verhandlungen um die Ausgestaltung des Kyoto-Protokolls, um zu einem Inkrafttreten noch im Jahr 2001 zu kommen.
- Die Bundesrepublik Deutschland sieht die Kyoto-Verpflichtungen jedoch nur als einen zaghaften Einstieg in einen umfassenden Prozess zur Reduzierung von Treibhausgasen. Weitere Abkommen müssen deutlich schärfere Verpflichtungen enthalten, weil sich sonst der Prozess der Erderwärmung weiter beschleunigen wird.
- Bei den Verhandlungen in Bonn darf sich nicht auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt werden.
- Mindestens 70 Prozent der Reduktionsziele sollen innerhalb der jeweiligen Teilnehmerstaaten erfüllt werden. Die in Kyoto, Bonn und Den Haag diskutierten flexiblen Mechanismen, wie Emissionshandel, Joint Implementation und Clean Development Mechanismen dürfen höchstens einen Anteil von 30 Prozent betragen. Der Einsatz von Atomkraft ist dabei auszuschließen. Die Einbeziehung von Senken in die flexiblen Instrumente wird abgelehnt. Sollte sich im Ergebnis der 6. Vertragsstaatenkonferenz zeigen, dass die wichtigsten Schlupflöcher der flexiblen Mechanismen nicht geschlossen werden konnten, ist dieser Anteil – unabhängig von internationalen Festlegungen – für die Europäische Union auf Null zu setzen.
- Die Industrieländer müssen bei der Eindämmung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes die größten Lasten übernehmen, während die ärmsten Länder, die am stärksten von den Klimaänderungen betroffen wären, umfassend unterstützt werden müssen.
- Es sind strenge Regeln für die Einhaltung der Verpflichtungen, verbunden mit einem System von Kontrollen und wirksamen Sanktionen, festzulegen.
- Es ist auszuloten, wie sich bei einer Verweigerungshaltung der USA eine schnellstmögliche Ratifizierung des Protokolls auch ohne die USA erzielen lässt.

Berlin, den 4. Juli 2001

**Eva-Maria Bulling-Schröter**  
**Dr. Winfried Wolf**  
**Rolf Kutzmutz**  
**Ursula Lötzer**  
**Roland Claus und Fraktion**

